

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Informationsmitteilung über den Verlauf des XXVIII. Parteitags der KPdSU

Am 2. Juli 1990, um 10 Uhr vormittags, hat in Moskau, im Kremikongreßpalast der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit begonnen.

Der Parteitag ist vom Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow eröffnet worden.

Nach einem Meinungsaustausch wählten die Delegierten die leitenden Organe des Parteitags — das Präsidium, das Sekretariat, die Redaktions- und die Mandatsprüfungskommission.

Der Parteitag erörterte die durch eine Beratung von Vertretern der Delegationen ausgearbeitete Tagesordnung und bestätigte sie unter Berücksichtigung von Ergänzungen, wie folgt:

Politischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVIII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der Partei.

Rechenschaftsberichte der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, der Sekretäre des ZK der KPdSU.

Rechenschaftsbericht der Zentralen Revisionskommission der KPdSU.

Über den Haushalt und das Vermögen der KPdSU.

Die Programmklärung des XXVIII. Parteitags der KPdSU „zu humanem, demokratischem Sozialismus“.

Das Statut der KPdSU. Die Bestimmung über die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU.

Wahlen der Zentralorgane der Partei.

Resolutionen, Erklärungen und Appelle des XXVIII. Parteitags der KPdSU.

Darauf wurde die Geschäftsordnung des Parteitags bestätigt.

Nach der Pause präsidierte N. I. Ryshkow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR.

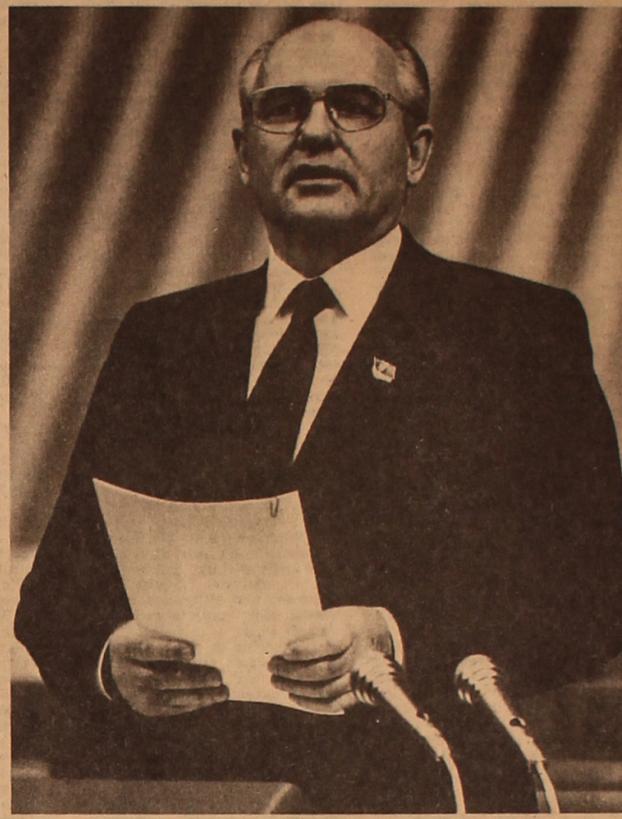
Den Bericht zur ersten Frage der Tagesordnung erstattete der Generalsekretär des ZK der KPdSU Genosse M. S. Gorbatschow.

Auf der Nachmittagssitzung, die unter dem Vorsitz des Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU A. I. Lukjanow verlief, begann der Parteitag mit der Entgegennahme von Berichten der Mitglieder des Politbüros des ZK der KPdSU. Zu den Delegierten sprachen: N. I. Ryshkow — Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR; die Sekretäre des ZK der KPdSU W. A. Medwedew und A. N. Jakowlew.

Nach Abschluß der Sitzung legten die Teilnehmer des Parteitags Blumen am Lenin-Mausoleum nieder.



Auf dem Bild: Während der Eröffnung des Parteitages.



Fotos: TASS/KasTAG

Auf dem Weg der Umgestaltung weiterschreiten

Referat des Generalsekretärs des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow „Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVIII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der Partei“

In den fünf Jahren der Perestrojka haben die Partei und das Land in allen Lebensbereichen einen revolutionären Vorstoß vollzogen, was uns ermöglichte, den Hauptpaß zu erreichen. Heute lautet die Frage so: Entweder wird die sowjetische Gesellschaft auf dem Wege der in Angriff genommenen tiefgreifenden Wandlungen voranschreiten, und dann erwartet unseren großen nationalitätsreichen Staat eine würdige Zukunft. Oder die umgestaltungsfeindlichen Kräfte gewinnen die Oberhand, und dann erwarten das Land und das Volk düstere Zeiten. Das sagte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU.

Wie M. S. Gorbatschow in dem „Politischen Bericht des Zentralkomitees an den XXVIII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben der Partei“ weiter sagte, stehen der Partei vor der Aufgabe, bei allen grundlegenden Fragen der gegenwärtigen Etappe der Umgestaltung das Tüpfelchen auf das I zu setzen. Es ist wohl kaum mehr möglich, unsere Einschätzungen und Schlußfolgerungen aufzuschreiben.

Von den Fragen, die gegenüber den Delegierten beantwortet werden sollen, hob M. S. Gorbatschow folgende hervor: War die Wende, die im April 1985 eingeleitet wurde, gerechtfertigt? Welchen Sinn verleiht die Partei heute dem Begriff „Sozialismus“, von welchen Prinzipien soll man sich in der Innen- und der Außenpolitik leiten lassen? Wie sind die Krisenerscheinungen, die das Leben des Volkes beeinträchtigen und berechtigte Unzufriedenheit auslösen, zu überwinden? Welches ist das Schicksal des Landes und wie ist das Bündnis der souveränen Staaten zu gestalten? Welchen Platz hat die Partei unter den neuen Bedingungen einzunehmen? Wie soll sie selbst in politischer, ideologischer und organisatorischer Hinsicht werden? Was muß für die Wiederherstellung der KPdSU als revolutionäre Organisation der Werktätigen, die das Vertrauen des Volkes genießt, getan werden?

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, stellte zur Bewertung der gegenwärtigen Lage fest, daß sich im Land revolutionäre Wandlungen vollzogen haben. Das politische System wandelt sich radikal, die wirkliche Demokratie mit freien Wahlen, Mehrparteiensystem und Menschenrechten setzt sich durch, die reale Volksmacht erlebt ihre Wiedergeburt. Die Umwandlung des superzentralisierten Staates in einen wirklichen Bundesstaat, der auf Selbstbestimmung und

freiwilliger Einigung der Völker beruht, hat begonnen.

Der höchste Repräsentant der KPdSU konstatierte, daß die sowjetischen Menschen mit durch aus verständlicher Besorgnis und Entrüstung die negativen Erscheinungen wahrnehmen, die den Umgestaltungsprozeß begleiten. M. S. Gorbatschow sagte ferner, daß die sowjetischen Menschen sich mit einer Unmenge von ungelösten Problemen konfrontiert sehen, die das tagtägliche Leben des Volkes erschweren. Zugleich wies er kategorisch Äußerungen zurück, wonach an allen heutigen Gebrechen die Umgestaltung schuld sei.

M. S. Gorbatschow räumte ein, daß das Zentralkomitee der KPdSU, das Politbüro und die Kommunisten, die in den Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen der Republik und an der Basis wirken, vieles voraussehen und die Entwicklung negativer Prozesse vor allen Dingen in der Wirtschaft und im sozialen Bereich, in den Beziehungen zwischen den Nationalitäten sowie im Bereich von Kultur und Ideologie, hätten unterbinden können. Das Politbüro entzieht sich keineswegs der Verantwortung für diese Fehleinschätzungen, betonte der Redner. Er teilte mit, daß die Tagesordnung Rechenschaftslegungen der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie Sekretäre des ZK vorsteht, so daß die Delegierten die Möglichkeit haben werden, die erforderlichen Informationen über die Tätigkeit der leitenden Parteiorgane zu beziehen.

M. S. Gorbatschow äußerte die Meinung, daß für ein richtiges Begreifen der gegenwärtigen Lage vor allen Dingen beachtet werden muß, daß die Umgestaltung selbst unvollendet ist. Die UdSSR befindet sich in einer Übergangsperiode, da weder der Abbau des früheren noch der Aufbau eines neuen Systems abgeschlossen ist. Als vorrangige Aufgaben bezeichnete M. S. Gorbatschow einen wechselseitig zusammenhängenden Komplex von praktischen und wirksamen Maßnahmen im Rahmen der Verwirklichung der Wirtschaftsreform sowie unauflösbare Maßnahmen zur Stabilisierung der politischen und sozialen Situation im Lande, zur Stärkung der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung. M. S. Gorbatschow betonte, daß ein überaus hoher Grad an Einvernehmen in der Gesellschaft dringender denn je benötigt wird. Heute ist es keine richtige Zeit für Ultimaten und Konflikte, für unüberlegte Handlungen, die die Menschen entzweien und die Situation noch mehr zuspitzen. Gegenwärtig erster-

ken die Stimmungen für vereinbarte Anstrengungen.

M. S. Gorbatschow ging auf Probleme der sozialen Umorientierung der sowjetischen Wirtschaft ein und hob hervor, daß sich ein Hinüberfließen des Kapitals in den Bereich einsetzt, der den Menschen unmittelbar betrifft, in die Zweige, die für den Menschen produzieren. Für die riesengroße Wirtschaft der UdSSR sei diese Tendenz äußerst wichtig, und man solle sie nicht nur verankern, sondern auch noch stärker ausbauen.

Der Redner hob besonders die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Waren hervor. Er verwies auf gewisse positive Dynamik in diesem Bereich, die in der Erhöhung des Pro-Kopf-Verbrauchs bei vielen Lebensmitteln und industriellen Konsumgütern ihren Niederschlag gefunden hatte. Zugleich aber hat sich die Situation auf dem Verbrauchermarkt keineswegs verbessert, sondern sich in vielen Fällen verspielt und einen Charakter angenommen, der nicht mehr geduldet werden kann.

All das hänge in vieler Hinsicht mit dem fehlenden Vermögen der Regierung, ein komplexes Herangehen an die Durchführung der Wirtschaftsreform zu gewährleisten, zusammen. Sie habe nicht vermocht, dem Druck der alten Strukturen der Wirtschaftsleistung standzuhalten, die bestrebt seien, ihre Positionen aufrechtzuerhalten. Gerade hier hätte das Politbüro des ZK der KPdSU der Regierung zu Hilfe kommen, zugleich aber auch höhere Anforderungen an sie stellen können, sagte M. S. Gorbatschow.

Die dringende Notwendigkeit, die Wirtschaftsreform zu beschleunigen und zu radikalisieren, resultiere daraus, daß es unmöglich sei, mit einem Wirtschaftssystem zu leben, das den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und neue Technologien abstoße, dem aufwandsorientierten Prinzip fröne, Verschwendung und Verluste bewirke. All das müsse entschlossen verändert werden, damit eine bedeutende Verbesserung der Lebensverhältnisse des Volkes bereits in der nächsten Zukunft gewährleistet werden könne, fuhr M. S. Gorbatschow fort.

Somit haben die Logik der Umgestaltung als solche, die Schärfe der sozialökonomischen Situation im Lande und direkt an die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen im Wirtschaftssystem herangeführt. Der höchste sowjetische Repräsentant verwies darauf, daß es um die Herausbildung eines neuen

Wirtschaftsmodells mit mehreren Wirtschaftssektoren, verschiedenen Eigentums- und Wirtschaftsformen und der neuzeitlichen marktorientierten Infrastruktur geht. Somit werden für Geschäftstüchtigkeit und Initiative der Menschen Tür und Tor geöffnet, neue und starke Motivationen für erprießliche Arbeit, für das Wachstum der Effektivität der Wirtschaft geschaffen werden, betonte M. S. Gorbatschow.

Auf dem Weg des Übergangs zum Markt, der nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zur Hebung der Effektivität der Wirtschaft und des Lebensstandards der Menschen betrachtet wird, ist noch allerhand zu tun.

Beim Übergang zum Markt sind erstrangige Maßnahmen zu bestimmen. Nichts hindert uns daran, schon heute mit der Umwandlung staatlicher Betriebe in Aktienunternehmen anzufangen, die reale Freiheit für die Unternehmertätigkeit zu schaffen, kleinere Betriebe und Läden zu verpacken, den Wohnraum sowie Aktien und andere Wertpapiere und einen Teil der Produktionsmittel in den Bereich des Kaufs und Verkaufs einzubeziehen.

Es gilt, die Gründung von Waren- und Fondsbörsen zu beschleunigen, das Bankensystem zu reformieren, die neue Zinspolitik wirksam werden zu lassen und Bedingungen für die Konkurrenz zu schaffen. Was die Verwaltungsstrukturen betrifft, so müssen wir strategisch den Weg der Abschaffung der Zweigministerien einschlagen und ihre Zahl schon in der nächsten Zeit verringern.

Von besonderer Bedeutung für die Herausbildung des neuen Wirtschaftsmodells unserer Gesellschaft ist die Aufgabe, die Souveränität der Republik und der örtlichen Selbstverwaltung mit realen Inhalt zu füllen. M. S. Gorbatschow äußerte sich dafür, daß im neuen Unionsvertrag der Bereich der Wirtschaftsrechte der Republik und die Grundsätze ihrer Wechselbeziehungen im Rahmen des einheitlichen Volkswirtschaftsmodells exakt festgelegt werden. Es geht nicht an, daß das Diktat der zentralen staatlichen Einrichtungen der Union durch das Diktat der Republik ersetzt wird. Die Grundlage für die Wirtschaftsführung sollten die Direktbeziehungen zwischen den selbständigen Betrieben bilden.

Die Sanierung der sowjetischen Wirtschaft hängt in einem nicht geringen Maße davon ab, wie ihre Einbeziehung in das System der internationalen

Arbeitsteilung vor sich gehen wird. Nach den Worten von M. S. Gorbatschow besteht das wichtigste darin, der Konvertierbarkeit des Rubels entgegenzuschreiten. Die Lösung dieser Frage sollte nicht hinausgezögert werden.

M. S. Gorbatschow sagte, daß die Regierung gegenwärtig Vorschläge zu dem gesamten Komplex von Problemen vorbereitet, die mit der Außenwirtschaftstätigkeit zusammenhängen. Es handelt sich um den Ausbau der Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern, um den Übergang zu den Weltmarktpreisen und um die Verrechnung in Valuta im Rahmen des RGW. Das betrifft ein Umdenken und gewisse Korrekturen auch an unserer Zusammenarbeit mit den Ländern der dritten Welt. Ferner müssen gegenseitig vorteilhafte Bedingungen für ausländische Kapitalinvestitionen geschaffen werden.

Auf das Agrarproblem eingehend, hob M. S. Gorbatschow hervor, daß dieses durch äquivalenten Austausch zwischen Stadt und Land, durch Schaffung ökonomischer und sozialer Prioritäten zugunsten des Dorfes, durch Entmonopolisierung der Industrie, die die technischen Mittel für die Landwirtschaft herstellen, gelöst werden muß. Der Berichterstatter betonte, wenn sich die ökonomischen Verhältnisse nicht ändern, wenn der Bauer nicht zum wahren Herr auf dem Boden werde, dann helfen keinerlei Investitionen.

Zugleich äußerte sich M. S. Gorbatschow gegen eine „totale Entkollektivierung“. Jene Kolchose und Sowchose, die ihre Wirtschaft geschickt führen, werden sich erneuernden sowjetischen Dörfern bleiben. Jene Kolchose und Sowchose aber, die jahrzehntelang Mißwirtschaft betreiben und von Subventionen leben, müssen von Grund auf umgestaltet werden. Erforderlich ist, einen Mechanismus für die Realisierung des Gesetzes über den Grund und Boden unter Anwendung der neuen Vollmachten der Sowjets zu schaffen.

Zum Problem der zwischenationalen Beziehungen in der UdSSR betonte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, daß die Parteiorgane zu recht kritisiert wurden wegen ihrer Fehler in der politischen Arbeit und wegen ihres Unvermögens, sie unter Verhältnissen, da sich die Beziehungen zwischen den Nationalitäten verschärft haben, geschickt zu führen. Umgestaltung und Transparenz haben günstige Bedingungen

für die Wiedergeburt des nationalen Selbstbewußtseins geschaffen, unterstrich der Redner. Zugleich traten Probleme und Widersprüche zutage, bedingt durch Fehler, die bei der Standortverteilung der Produktivkräfte, in der Kultur- und Nationalitätenpolitik, in bezug auf die Entwicklung der Nationalitätenprobleme in einigen Regionen des Landes zugelassen worden waren, verknüpft mit ihrer ungleichmäßigen Entwicklung, mit demographischen und ökologischen Wandlungen. Das alles ist unzulässig und löst große Besorgnis überall im Lande aus.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU stellte fest, daß sich die Nationalitätenfrage ohne Fortsetzung und Vertiefung der Umgestaltung nicht lösen läßt. Ihrerseits kann diese nicht von Erfolg gekrönt werden, solange man die Beziehungen zwischen den Völkern unseres Landes nicht harmonisiert.

Alles, was wir in letzter Zeit erlebt und durchdacht hatten, sagte M. S. Gorbatschow, brachte uns zur Einsicht, daß sich die Umgestaltung der Union nicht nur auf eine Erweiterung der Rechte der Autonomen und Unionsrepubliken beschränken kann, mag diese Erweiterung auch noch so bedeutend sein. Wir brauchen eine wahre Union souveräner Staaten.

Der Redner unterstrich, daß es sich im Grunde genommen um die Errichtung solch einer nationalstaatlichen Struktur unseres Landes handelt, die erlauben würde, die Widersprüche zu beseitigen und die politische Macht, das ökonomische und geistige Potential der gesamten Union im Interesse aller, die sich zu einem großen Staatenbund vereint haben, zu stärken.

Dabei gilt nach wie vor die Forderung nach dem Vorrang der Menschenrechte gegenüber beliebigen Interessen der nationalen Souveränität und Autonomie, fügte M. S. Gorbatschow hinzu. Sie muß in der Verfassungsordnung der Union und jeder Republik verankert werden. Im Rahmen der vom Föderationsrat geschaffenen Sonderkommission wird bereits ein neuer Unionsvertrag vorbereitet, der den gesamten Fragenkomplex in bezug auf eine grundlegende Umgestaltung unseres multinationalen Staates umfassen soll, betonte er.

Bei der Bewertung der politischen Reform in der UdSSR nannte M. S. Gorbatschow die im Ergebnis demokratischer Wahlen von oben bis unten gebildeten neuen Machtinstitutionen eine der

wichtigsten Errungenschaften der Umgestaltung. Ohne das hätte die sowjetische Gesellschaft kaum eine neue Etappe der revolutionären Umgestaltungen entleiten können, betonte er.

Der Prozeß der Reformierung des politischen Systems verläuft schwierig. Denn er berührt die Interessen der verschiedensten sozialen Schichten und Bevölkerungsgruppen, von Millionen Menschen, die in den Verwaltungsstrukturen tätig sind. Zugleich betonte M. S. Gorbatschow, daß ohne Reformierung des politischen Systems die zunehmende Politisierung der Gesellschaft einen chaotischen explosionsartigen Charakter, mit schwerwiegenden sozialen Konsequenzen annehmen würde.

Heute, da die Gesellschaft aufgewühlt und beunruhigt ist, würde der XXVIII. Parteitag der KPdSU seine Mission erfüllen, wenn er Verantwortungsbewußtsein zeigt, die nächstliegenden Ziele und Aufgaben absteckt und ein Aktionsprogramm erarbeitet, die sowohl die Partei selbst als auch die Gesellschaft konsolidieren, sagte M. S. Gorbatschow. Er bezeichnete es als Aufgabe der Partei, zum Werdgang der neugeschaffenen Volksmachtorgane beizutragen.

M. S. Gorbatschow äußerte die Meinung, daß auf dem Parteitag die Analyse der entstandenen, alles andere als einfachen Situation vertieft sowie Einschätzungen und Vorschläge zur Festigung der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung geäußert werden müssen. Wie er sagte, muß man sich darüber im klaren sein, daß zwischen dem Zustand der Rechtsordnung und dem Niveau der politischen und sozialen Stabilität im Lande ein ganz unmittelbarer Zusammenhang besteht. Die Parteiorganisationen müssen in aller Öffentlichkeit erklären, daß die KPdSU gegen einen beliebigen Druck auf die Rechtschutzorgane ist.

Auf die Probleme der geistigen Wiedergeburt und einer ideologischen Erneuerung in der sowjetischen Gesellschaft eingehend, hob M. S. Gorbatschow hervor, daß ohne das keinerlei politische, soziale und ökonomische Wandlungen möglich sind. Er erinnerte daran, daß auf Initiative der Partei die absurden Verbote im geistigen Leben aufgehoben wurden. Man unternahm Schritte, um den in Jahrzehnten entstandenen Spalt zwischen den Parteiorganisationen und Intellektuellenkreisen zu überbrücken. Die Parteiorgane verzichteten auf die Bevormundung und (Schluß S. 2)

XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Auf dem Weg der Umgestaltung weiterschreiten

(Schluß)

die Reglementierung des Schaffens, die Formierung eines neuen Verhältnisses zwischen der Partei und den Intellektuellen ist nach den Worten M. S. Gorbatschows nicht nur eine der Errungenschaften der Umgestaltung, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für ihre weitere Entwicklung. M. S. Gorbatschow sprach sich ferner dafür aus, unverzügliche Maßnahmen zu treffen, um die Abwanderung von Wissenschaftlern und Talenten ins Ausland zu beseitigen.

Als wir das Perestrojka-Programm erarbeiteten, begriffen wir, daß es nicht realisiert werden kann, solange die äußeren Bedingungen für das Leben unseres Landes nicht grundlegend verändert werden. Dafür mußten wir unsere Verhaltensweisen überprüfen und der Welt eine neue internationale Politik anbieten.

Nach dem zweiten Weltkrieg vollzogen sich kolossale Wandlungen: Soziale, nationale, ökonomische, politische, technologische, wissenschaftliche, ökologische und demographische. Mitte der 70er Jahre wurde das Antlitz der Welt deshalb ganz anders, die eigentliche Existenzgrundlage der Menschheit veränderte sich. Eine neue Zivilisation ist im Entstehen. Sie entsteht entweder um unterzugehen, wenn sie die ungeheuren globalen Gefahren nicht verkraftet, oder um qualitativ neue Regeln des Zusammenlebens, eine vollkommen neue Weltpolitik hervorzubringen.

Indem wir uns auf eine Analyse der gegenwärtigen internationalen Lage stützen, den Abrüstungskurs befolgen und bestimmte Erfahrungen bei der Durchführung der neuen Außenpolitik gesammelt haben, überzeugten wir uns von der Richtigkeit der drei Grundsätze unserer internationalen Tätigkeit.

Erstens. Man kann die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer gewährleisten, die eigenen Interessen zum Nachteil fremder Interessen verteidigen und darauf Anspruch erheben, daß man besser weiß, wie andere Völker und Staaten ihre Angelegenheiten regeln sollen. Die Anerkennung der Wahlfreiheit für jedes Volk ist die grundlegende Voraussetzung für die Errichtung einer neuen Weltordnung.

Zweitens. Man kann eine gedeihende, freie und demokratische Gesellschaft nicht im Al-

leingang aufbauen, indem man seinen Weg anderen Wegen der gesellschaftlichen Entwicklung entgegengesetzt. Zusammenentwicklung, Zusammen-Schaffen und Zusammen-Arbeit sind das Gebot unserer Epoche.

Drittens. Die Integration unserer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft ist nicht nur für die Modernisierung unserer eigenen Ökonomie notwendig. Auf diese Weise können wir zusammen mit den anderen ein materielles Fundament für eine unumkehrbar friedliche Geschichtsperiode, für die Bewältigung globaler Probleme der Menschheit legen.

Ich möchte beiläufig bemerken, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Konversion der Rüstungsindustrie eine der aussichtsreichsten Richtungen unserer Integration ist. Kontakte wurden schon mit Amerikanern, Italienern, Deutschen und Vertretern einiger anderer Länder geknüpft. Dieser Bereich kann in den Integrationsverbindungen führend werden. Wir verfügen ja schon über Hochtechnologien und fortgeschrittene wissenschaftliche Entwicklungen, die für unsere Partner von Interesse sind — auf gegenseitiger Grundlage, versteht sich.

Hier liegt einer der effektivsten Kanäle für die Umstellung unserer wissenschaftlich wie technisch modernsten Produktionen auf zivile Belange — dabei in kürzester Frist.

Vom Standpunkt der internationalen Politik aber ist es außerordentlich wichtig, daß damit einer der aktivsten Impulse von Argwohn und Mißtrauen, die das Vertrauen ankurbeln, gedämpft wird.

Ich möchte in die ganze Problematik dieses Großen Problems nicht eingehen, weil ein staatliches Programm für die Konversion erarbeitet wird, es ist aber zu betonen, daß dies eine Angelegenheit von immenser staatlicher Wichtigkeit ist. Sie erfordert durchdrachte Entscheidungen. Mit dem Forschungs-, dem Kader- und dem Produktionspotential muß man vernünftig umgehen. Hier müssen wir eine gute Arbeit leisten, um die Fehler zu korrigieren, die in der Anfangsetappe begangen wurden.

Die auf diesen Prinzipien beruhende Politik, die im Rahmen des neuen Denkens unterbreiteten Initiativen haben schon wesentlich die Weltlage sanfter und die Gefahr eines Weltkrieges eingedämmt. Uns bot sich die Möglichkeit, die Militärausgaben zu reduzieren und diese Mittel für

friedliche Zwecke zu verwenden.

Dank der Umgestaltung und dem neuen Denken kam es zu einer Wende in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA: Von Konfrontation und Rüstungswettlauf zu gegenseitiger Verständigung, in einigen Fragen sogar zur Partnerschaft. Dies verbesserte die gesamte Weltlage und leitete die Bewegung zu einer präzedenzlosen friedlichen Periode im Leben der Menschheit ein.

Die Beziehungen mit China normalisierten sich, was eine immense Bedeutung für die beiden großen Völker und die Welt im ganzen hat.

In Europa, das Feld des gefährlichsten kalten Krieges und einer militärischen Konfrontation gewesen war, begann erstmalig der Prozeß einer realen, auch nuklearen, Abrüstung. In der gesamten Geschichte unseres Staates hatten wir noch nie solche guten und wohlwollenden Beziehungen mit den meisten Ländern des Kontinents wie jetzt. Der gesamteuropäische Prozeß schafft allmählich eine in der Weltgeschichte noch nie dagewesene Form zwischenstaatlicher Kontakte von Dutzenden Ländern und Völkern.

Hier wurde erstmalig die Schaffung eines einheitlichen ökonomischen, kulturellen, ökologischen und Informationsraums auf die Tagesordnung gesetzt. Dies alles wurde möglich dank unserer neuen internationalen Politik und Zusammenarbeit.

Tiefgreifende Veränderungen vollziehen sich auch in Osteuropa. Wenn man sagt, das sei ein Zusammenbruch des Sozialismus, stellen wir eine Gegenfrage: Welches „Sozialismus“? Eines solchen, der eigentlich eine Variante des stalinischen autoritär-bürokratischen Systems war, auf das wir selbst verzichtet haben? Man wirft uns sogar vor, wir zögen uns von dort „ohne Kampf“ zurück. Man rät uns also, zu Mitteln zu greifen, zu denen wir früher gegriffen hatten, auf die wir entschieden verzichtet und die wir entschieden verurteilt haben.

Zwar ist es fraglich, wohin diese Länder in ihrer sozial-ökonomischen Entwicklung gehen werden. Diese Völker müssen ihren Weg selbst wählen. Wir aber handeln und werden handeln, in dem wir uns strikt vom Prinzip der Wahlfreiheit leiten lassen, das zum Imperativ des Fortschritts und zu einer Voraussetzung für die Selbsterhal-

tung der gesamten modernen Zivilisation wurde.

Wie sollen wir unsere Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern heute und morgen gestalten? Wie gute Nachbarn, zu denen uns nicht nur die Geographie, sondern auch die Geschichte gemacht haben. In dieser Geschichte, besonders nach dem Krieg, gab es viel wirklich gutes, wertvolles. Die Tatsache, daß die UdSSR die entscheidende Rolle bei der Befreiung dieser Länder vom Faschismus gespielt und dann ihnen wiederholt ungenützt geholfen hat, blieb im Gedächtnis der Völker und wird sich zweifellos auf die Weiterentwicklung unserer Beziehungen auswirken.

Außerdem bestehen gegenseitige ökonomische und politische Interessen — und das ist das Wichtigste. Sie bringen uns in unserer gemeinsamen Bewegung zu einem „gemeinsamen Haus“, einander näher. Sie stimmen im Rahmen des Strebens nach einer Umgestaltung des Warschauer Vertrages, was wir vor einem Monat auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Moskau vereinbart haben, überein. Am festesten sind die Beziehungen, die auf Freiwilligkeit, Gegenseitigkeit, Respekt und Zusammenwirken aufbauen.

Partei und Volk haben die neue Außenpolitik hoch eingeschätzt, sie wurde in den Dokumenten der XIX. Parteikonferenz und in einem Sonderbeschluß des ersten Kongresses der Volksdeputierten gebilligt und bekräftigt. Unsere neuen Verhaltensweisen und praktischen Schritte fanden ein enormes Echo und Unterstützung in der ganzen Welt.

Wir weisen die Versuche, den von Partei und Staat erarbeiteten und befolgten außenpolitischen Kurs in Mißacht zu bringen, entschieden zurück.

Ich glaube, daß der XXVIII. Parteitag der KPdSU die in diesen Jahren erzielten eindeutigen Erfolge in der Weltarena nach Gebühr einschätzt und die Uner-schütterlichkeit unseres auf dem neuen Denken beruhenden außenpolitischen Kurses vor den Völkern unseres Landes und der ganzen Welt nochmals bestätigt.

Die Wirksamkeit dieses Kurses wurzelt vor allen Dingen darin, daß in ihm die spruchreifen Sorgen und Hoffnungen der Menschheit ihre Widerspiegelung gefunden haben. Zugleich wird die Effektivität unserer Politik — und das ist auch für jedermann klar — durch die Macht

unseres Staates gewährleistet, deren Bestand unsere Streitkräfte sind. Es war von enormer Bedeutung, daß die neuen Ideen und konstruktiven Initiativen von einer der Großmächte stammen. Dabei hat sie ihre Treue zu den neuen Ideen nicht nur verkündet, sondern auch sie in der Praxis unter Beweis gestellt.

Dessen höchst überzeugende Bestätigung ist unsere Verteidigungsdoktrin, auf deren Grundlage wir zu einer umfassenden Militärreform übergehen. Ich hoffe, daß wir ihre Prinzipien in der Programmklärung des Parteitages verankern werden.

Auf die Politik der Partei unter den Bedingungen der Perestrojka eingehend, betonte M. S. Gorbatschow, daß die Partei zu Verständigung der Perestrojka als einer neuen Revolution und einer logischen Fortsetzung des durch die Große Oktoberrevolution eingeleiteten Werkes gelangt sei.

„Der Sozialismus ist eine reale Bewegung, ist lebendiges Schöpfertum der Massen“, betonte der Redner. Nach seiner Überzeugung habe die KPdSU das Ziel der Bewegung — einen humanen und demokratischen Sozialismus — richtig bestimmt.

Die Umgestaltungskonzeption müsse in dem Maße, wie wir weiter voranschreiten, um neue Ideen und Schlußfolgerungen bereichert werden, fuhr M. S. Gorbatschow fort. „Die KPdSU wendet sich entschieden gegen Dogmatismus und Buchstabengelehrsamkeit und setzt sich dafür ein, an die Theorie und Praxis des Sozialismus schöpferisch heranzugehen und die historischen Erfahrungen des XX. Jahrhunderts sowie den Nachlaß von Marx, Engels, Lenin und anderen Koryphäen der revolutionären und fortschrittlichen Lehren auszuwerten.“ Daher dürfe es richtig sein, mit der Annahme der programmatischen Erklärung das derzeit gültige Programm der KPdSU außer Kraft zu setzen und weiter zu gehen, zu einem neuen Parteiprogramm.

Nach den Worten des Generalsekretärs brachte die im Vorfeld des Parteitages geführte Diskussion eine breite Palette von Meinungen über die Prinzipien des Aufbaus und der Tätigkeit der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen an den Tag. Zugleich stimmten die Meinungen in einem Punkt überein. Das sei die Einsicht, daß die KPdSU weder ein politisches noch ein mora-

lisches Recht habe, die Verantwortung für das Schicksal der Umgestaltung abzulegen, von ihrer Rolle abzurücken und sich an die Peripherie des gesellschaftlichen Prozesses zurückzuziehen.

Zur Erneuerung der Partei sagte M. S. Gorbatschow, daß „sie sich uns als Partei der sozialistischen Option und kommunistischen Perspektive, als freiwilliger Zusammenschluß Gleichgesinnter darstellt, der in seiner Politik die Interessen der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz zum Ausdruck bringt“. Die Partei müsse sich zu den allgemein menschlichen und humanistischen Idealen bekennen, sich pflichtlich zu den nationalen Traditionen und Hoffnungen verhalten und zugleich unverzüglich gegenüber Chauvinismus, Nationalismus, Rassismus und jeglichen Erscheinungsformen der reaktionären Ideologie und des Obskurantismus sein.

Der Redner hob die Notwendigkeit hervor, zum Leninschen Konzept der Partei als Avantgarde der Gesellschaft zurückzukehren. Die Avantgarderolle könne „nur durch einen aktiven Kampf für die Interessen der Werktätigen, durch praktische Taten, durch das gesamte politische und moralische Gebahren“ errungen werden. „Die Partei wird im Rahmen des demokratischen Prozesses und der Wahlen zu den Legislativorganen im Zentrum und an der Basis ihre Politik verfolgen und für den weiteren Besitz ihres Mandats als Regierungspartei kämpfen. In diesem Sinne wirkt sie als parlamentarische Partei“, betonte M. S. Gorbatschow.

Auf die Beziehungen zu den anderen politischen Parteien und gesellschaftlichen Bewegungen eingehend, brachte M. S. Gorbatschow die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Parteitag sich für eine umfassende Zusammenarbeit mit allen fortschrittlich orientierten gesellschaftlichen Bewegungen und für die Konsolidierung im Interesse der Umgestaltung und im Interesse des Volkes aussprechen wird.

In Anbetracht der äußerst komplizierten Periode in der Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft, der Unkonventionalität und der Dimensionen der Probleme, die wir in dieser Zeit zu lösen hatten, sowie der gewissen Dramatik der Ereignisse könne man sagen, daß das vom XXVIII. Parteitag der KPdSU vor vier-einhalb Jahren gewählte jetzige Zentralkomitee die ihm übertra-

genen Aufgaben in den Grund- und Hauptaspekten erfüllt hat, betonte M. S. Gorbatschow, die Tätigkeit des ZK der KPdSU einschätzend.

Er verwies darauf, daß das ZK Aufgaben der Umgestaltung in einer Situation lösen mußte, „wo die Entwicklung uns ständig dazu zwang, nach den neuen Wegen zu suchen und das neu zu bewerten, was bereits ausgereift und klar zu sein schien“. Das ZK arbeitete in der zurückliegenden Zeit „recht angespannt“, betonte er. „Mit 22 wurden doppelt so viele Plenarsitzungen abgehalten, wie das Statut vorschreibt. Fast jedes der Plenen war von prinzipieller, etappenbestimmender Bedeutung“, sagte M. S. Gorbatschow.

Der Redner betonte, daß die Entscheidungen über alle prinzipiellen Fragen auf den Plenen „bei aller Meinungsverschiedenheit im großen und ganzen einmütig“ getroffen wurden. Bei all dem, was jetzt kritisiert wird, habe das ZK „gewaltige Arbeit“ geleistet, um die Politik der Umgestaltung und den revolutionären Prozeß der Umgestaltung voranzutreiben, sagte M. S. Gorbatschow. Er verwies zugleich auf einige Mißgriffe des ZK: Nicht immer reagierte das ZK rechtzeitig auf die Ansprüche des Lebens und gab rechtzeitig richtige Antworten.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU betonte, daß die Ergebnisse der politischen Tätigkeit sowohl des ZK als auch der Führungsmitglieder der KPdSU an den Maßstäben der Umgestaltung und an ihrem Beitrag zu diesen revolutionären Veränderungen gewertet werden müssen. Dieses Zentralkomitee sei sich als fähig erweisen, eine Politik revolutionärer Umgestaltungen vorzuschlagen und bei deren Umsetzung waltige Arbeit zu leisten.

Zugleich räumte M. S. Gorbatschow ein, daß man in dieser Zeit viel mehr hätte leisten und somit das Land und die Gesellschaft vor vielen negativen Erscheinungen schützen können, die zur sozialen Spannung geführt haben.

Abschließend betonte M. S. Gorbatschow, daß das Land vor schwierigen Aufgaben stehe. „Die Lösung dieser Aufgaben und den Weg aus der Krisensituation sieht die Partei nur im Vormarsch, nur auf dem Wege zur weiteren Demokratisierung und zur Vertiefung der Umgestaltung“, sagte M. S. Gorbatschow.

Politbüromitglieder erstatten Rechenschaftsberichte

Daß die personellen Rechenschaftsberichte der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und der Sekretäre des ZK der KPdSU in der Tagesordnung des XXVIII. Parteitages der KPdSU aufgenommen wurden, reflektiert die sich in der KPdSU vollziehenden Wandlungen. Dieser Punkt wurde auf Initiative vieler Parteigrundorganisationen eingebracht, die mit der Tätigkeit der Parteiführung unzufrieden sind.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, den Generalsekretär M. S. Gorbatschow erstattete, meldete sich auf der Abend Sitzung als erster N. I. Ryschkow, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, Regierungschef der UdSSR zu Wort. Er ist einer der meistkritisierten Mitglieder der sowjetischen Führung sowohl von rechts als auch von links. Die von N. I. Ryschkow im Mai auf der Tagung des Obersten Sowjets vorgelegte Konzeption der Umstellung auf eine regulierte Marktwirtschaft wurde zur Nacharbeit empfohlen. Die Forderung, der Regierung ein Mißtrauensvotum zu erklären, wurde damals vom Obersten Sowjet abgelehnt. Diese Forderung wurde jedoch von den Bergeleuten erneuert, die zu einem landesweiten politischen Streik am 11. Juli aufrufen.

In seiner Rede gab N. I. Ryschkow zu, daß die ersten Schritte der Wirtschaftsreform von den alten Herangehensweisen belastet worden seien. Die Rolle der zentralen Planregulierung sei übertrieben worden, „viele Beschlüsse der Regierung hätten keine erforderliche Rechtsgrundlage gehabt. Zugleich berief er sich darauf, daß alle von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen auf die Ablehnung der Öffentlichkeit gestoßen seien, was deren Realisierung blockierte.

Auf den Plan der Umstellung auf die Marktwirtschaft eingehend, wies der sowjetische Premier darauf hin, daß die Regierung alle, die konstruktive Vorschläge haben, zur Teilnahme an seiner Arbeit eingeladen habe. Welche Variante auch gewählt werde, man könne den Weg der Marktbildung ohne Preisreform nicht zurücklegen, fuhr N. I. Ryschkow fort. Der größte Fehler wäre es, wieder wie 1988 Unschlüssigkeit zu zeigen und diese

unermesslich schwierige, doch objektiv notwendige Aufgabe aufzuschieben, unterstrich er.

N. I. Ryschkow wies die Anschuldigungen zurück, daß die Partei zu ihrem Parteitag nur mit einem „Haufen von Fehlern und unerfüllten Versprechen“ gekommen wäre. In den fünf Jahren wurde viel getan, was mit Fug und Recht der KPdSU zugeschrieben werden kann, sagte er. Zugleich verstärkte die Senkung des politischen Einflusses der Partei, die Treue zu den veralteten Stereotypen und der Mangel an politischer Erfahrung und Kultur, an Befähigung, Probleme frei und demokratisch zu diskutieren, zweifellos die sozialen Spannungen, drängen zu Kundgebungsdemokratismus und spitzen die Emotionen zu.

Der Parteitag solle die Rolle der KPdSU, ihre Programmstellungen, Funktionen und Handlungsmethoden unter den gegenwärtigen Bedingungen bestimmen. Das werde die Arbeit der örtlichen Parteioorganisationen gezielt machen und ihre Verbindung mit den Werktätigen festigen, sagte N. I. Ryschkow.

Anschließend legte W. A. Medwedew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Leiter der Ideologischen Kommission des ZK, seinen Rechenschaftsbericht ab. Wie er erklärte, hält er den von der Partei im April 1985 eingeschlagenen Kurs für „einzig richtig“. Man kann nur bedauern, so Medwedew, daß diese Wende nicht wesentlich früher gemacht worden war. Dazu gab und gibt es keine vernünftige Alternative, betonte er. Alle Spekulationen auf die entstandenen Schwierigkeiten und die Versuche, die Perestrojka zu diffamieren und zum Scheitern zu bringen, von welchen Positionen aus sie auch unternommen werden, sind meines Erachtens unverantwortlich, unterstrich W. A. Medwedew.

Er ging kurz auf die Hauptrichtungen der Arbeit der im September 1988 gebildeten Ideologischen Kommission ein. So wurde in Übereinstimmung mit einer Resolution der XIX. Parteikonferenz Kurs auf Demokratisierung und Offenheit fortgesetzt. Noch vor der Verabschiedung des Gesetzes über die Presse wurde die politische Zensur im Lande praktisch abge-

schaft, unterstrich W. A. Medwedew.

Der Sekretär des ZK gab zu, daß die Massenmedien zum Schauplatz eines erbitterten Kampfes geworden sind, und betonte zugleich: Es wäre unnatürlich zu erwarten, daß in der Zeit, da die Polarisierung in der Gesellschaft zunimmt, in der Presse, die die öffentliche Meinung nicht nur widerspiegelt sondern auch formiert, idyllische Ruhe und Eintracht herrschen würden. Er betonte besonders die Bedeutung der Parteipresse als Weg zur Beeinflussung des gesellschaftlichen Bewußtseins durch die Partei.

Als zweite der vorrangigen Aufgaben nannte W. A. Medwedew die Verstärkung der ideologisch-theoretischen Arbeit der Partei, in erster Linie die Erneuerung der Ideologie und einen entschiedenen Verzicht auf Klischees der Vergangenheit sowie die Ausarbeitung einer modernen Konzeption des Sozialismus. Der Redner räumte selbstkritisch ein, daß eine einheitliche Theorie des qualitativ neuen Zustandes der Gesellschaft noch nicht entwickelt wurde.

Außerst aktuell ist die Aufgabe des Übergangs zum neuen Modell der ideologischen Arbeit geworden, fuhr das Mitglied des Politbüros des ZK fort. Das ZK der KPdSU ist kein Ministerium für Ideologie mehr. Die Anstrengungen der Partei werden jetzt auf die Ausarbeitung von ideologisch-theoretischen Herangehensweisen sowie auf die Politik im getragenen, ideologischen und kulturellen Bereich konzentriert. Wir haben auf die militante Intoleranz gegenüber den Andersdenkenden verzichtet, betonte W. A. Medwedew.

Bei weitem nicht alle sind sich dieser Veränderungen bewußt geworden, führte er weiter aus. Nicht selten werden wir kritisiert, indem man von den alten Vorstellungen über die KPdSU als einer alles verwaltenden und für alles zuständigen Macht ausgeht. Wir leben schon in anderen Zeiten, zur Vergangenheit gibt es kein zurück, betonte der Leiter der Ideologischen Kommission.

Das wichtigste besteht jetzt darin, das angeschlagene Vertrauen der Menschen gegenüber der Perestrojka wiederherzustellen, sagte W. A. Medwedew abschließend.

Die leitenden Organe des Parteitags

Das Präsidium

- Gorbatschow M. S.
- Asimow O.
- Akopjan G. G.
- Batuschkin T. W.
- Bejsembekowa T. Sh.
- Buroklawidus M. M.
- Bucharkow G. A.
- Gamsatow R. G.
- Gumbaridse G. G.
- Gurenko S. I.
- Gussew A. A.
- Dobrina F. N.
- Ibragimow G. R.
- Karimow I. A.
- Ljepnice E. S.
- Lukjanow A. I.
- Lutschinski P. K.
- Manullowa G. A.
- Martschenkow W. I.
- Martschuk G. I.
- Massaljew A. M.
- Machkamow K.
- Mowsaljan W. M.
- Mutalibow A. N.
- Nasarbajew N. A.
- Nikolajew K. A.
- Nijasow S. A.
- Pawlowsch W. A.
- Poloskow I. K.
- Rubiks A. P.
- Ryschkow N. I.
- Sillari E.-A. A.
- Sokolow J. J.
- Sopyjew M.
- Stefanowitsch S. W.
- Tawcheldse A. N.
- Chatamow N.

Das Sekretariat

- Ilijin A. N.
- Asarkin W. S.
- Assatjan G. J.
- Atajewa O.
- Balsakow A. T.
- Bannikow J. A.
- Barantschik I. I.
- Beknasarow S.
- Bellawneks J. A.

Redaktionskommission

- Iwaschko W. A.
- Akajew A.
- Boldin W. I.
- Gasmagomedow D. G.
- Gladun M. M.
- Godunow A. W.
- Grigorjewa L. N.
- Dolmatowa L. W.
- Jelsarjew W. N.
- Shitenew A. P.
- Sadorina J. A.
- Sumakulow B. M.
- Iskalkajew N.
- Kallinskaja L. J.
- Kamscha W. A.
- Kemelbajew K. K.
- Kondratenko N. I.
- Kuleschowa L. W.
- Melnikowa M. F.
- Moskalenko P. P.
- Mustjaza W. A.
- Muchtarow A. G.
- Nesterow W. S.
- Nikitina L. D.
- Nikiforow W. M.
- Owtschinnikow A. I.
- Petrowas I. K.
- Ratschinski O. G.
- Sewostjanow A. W.
- Serschantowitsch S. S.
- Soobik J. E.
- Subbotina N. I.
- Tagandurdjyew B.
- Tarassenko A. I.
- Tal G. A.
- Tazj W. J.
- Turganow K. A.
- Usmanow S.
- Fasylbekow A. I.
- Fejsulajew R. B.
- Chachwa T. S.
- Zybkischapowa L. D.
- Tschalkowsk A. A.
- Tschitanawa N. A.
- Schafarenko N. A.
- Schesternew N. I.
- Schligina N. N.
- Schutyljewa A. W.
- Juwtschenko I. W.

Mandatsprüfungskommission

- Manajenkow J. A.
- Abakirow E.
- Abdinow S. S.
- Agajew R. A.
- Allamuradow B. A.
- Arsenjew J. D.
- Balgabajew D.
- Galkin A. P.
- Gontscharow W. S.
- Grebenuk W. I.
- Gustin L. I.
- Dawydow L. D.
- Daukschis S.-W. B.
- Denissow N. M.
- Dorochin N. S.
- Durdjewa O. B.
- Jermakow W. I.
- Jermolajew W. W.
- Jefimow A. S.
- Sadoja N. K.
- Iwanow N. M.
- Iwaschtschenko W. A.
- Issajenkow N. I.
- Kasimirov W. N.
- Kallitschenko I. J.
- Kolza I. A.
- Laschtschilin W. I.
- Meinikow P. M.
- Miroschajew S.
- Muratow K.
- Mussaew W. G.
- Nesterenko S. M.
- Oshergina W. I.
- Perez F. J.
- Podolski J. M.
- Swistun N. S.
- Smyslow W. A.
- Sokk A. S.
- Stupnikow J. I.
- Toljatas S. L.
- Toropow J. W.
- Chausow A. F.
- Schischba W. F.
- Zchowrebachwil W. W.
- Tscherwakowa T. A.
- Schabunin A. S.



Delegation aus dem Gebiet Semipalatinsk im Kreml.



Kulpan Kurmanbajewa (linke von links), Melkiran im Kolcho „Krasnaja Swesda“, Gebiet Tschimkent, unter den Delegierten des Parteitages aus Turkmenien und Kasachstan. Fotos: KasTAg

Aus aller Welt

PANORAMA

Raum für politischen Pluralismus

Der moderne demokratische Staat, der sich in der Tschechoslowakei herauszubilden beginnt, muß umgehend Raum für tatsächlichen politischen Pluralismus schaffen. Das erklärte der CSFR-Präsident Vaclav Havel vor dem Föderativen Parlament in Prag. Nicht eine politische Ideologie, sondern die Achtung der menschlichen Persönlichkeit müsse Grundlage staatlichen Wirkens sein. Bis zu den nächsten Parlamentswahlen in zwei Jahren werde sich ein stabiles Spektrum politischer Strömungen herauskristallisiert haben. Durch Verfassung, Gesetze und andere Mechanismen müsse dieser Prozeß garantiert werden. Havel sprach sich für Reformen und eingreifende Strukturveränderungen in der territorialen Verwaltung, des parlamentarischen Systems und des föderativen Zusammenwirkens beider Teilrepubliken der CSFR aus.

An die Abgeordneten appellierte Havel, das gesellschaftliche Wohl über Parteinteressen zu stellen. Aufgabe des neuen, vom Volk gewählten Parlamentes sei es, in der kurzen Legislaturperiode nicht nur eine neue Verfassung zu erarbeiten und die Tätigkeit der Regierung sowie aller Exekutivorgane zu kontrollieren, sondern auch die ge-

samte Rechtsordnung umzugestalten.

In diesem Zusammenhang erwähnte Havel erstmals die Absicht, drei Verfassungen — offenbar eine föderative und je eine für die Tschechische und die Slowakische Republik — anzunehmen. Anschließend erläuterte der Präsident die Aufgaben der neuen Regierung, die von ihm gemeinsam mit Premier Marian Calfa und nach Konsultationen mit den wichtigsten politischen Kräften gebildet worden war. Ihren Mitgliedern vertrauten laut ersten Umfragen mehr als 80 Prozent der Bevölkerung.

Havel beschrieb detailliert den beabsichtigten Strukturwandel des Kabinetts und kündigte die Bildung eines vom Kabinetts unabhängigen Amtes für den Schutz der Verfassung und der Demokratie an. Dieses solle sich dem Kampf gegen Spionage, Terrorismus, Drogenhandel und innere Verschwörungen widmen. Zugleich regte Havel an, die Vollmachten künftiger Präsidenten einzuschränken und eventuell das Amt eines Vizepräsidenten zu schaffen. Die Streitkräfte sollten sich entsprechend der neuen tschechoslowakischen Militärdoktrin ausschließlich Verteidigungsfragen zuwenden.



Mit dem Namen dieser Stadt sind zahlreiche Superlative verbunden. Frankfurt am Main ist vor allem der größte Verkehrsknoten sowohl der BRD als auch Europas. Den Hauptbahnhof passieren täglich 1 600 Züge, die etwa 250 000 Fahrgäste befördern. Der Flughafen der Stadt kennt auf dem Kontinent nicht seinesgleichen bei Gütertransport; bei der Beförderung von Fluggästen läßt er nur dem Londoner Heathrow den Vortritt. Auf den Autobahnen verkehren täglich über 220 000 Lastkraftwagen. Die Stadt ist der

größte internationale Knoten für Transitverkehr. Frankfurt ist die Finanzhauptstadt der BRD sowie ein allgemein anerkanntes Bankzentrum Europas und der Welt. Hier befinden sich die Kontore von 400 Banken, Vertretungen ausländischer Finanzinstitute, Zentren für die Erforschung der weltweiten Wirtschaftslage, die Börse, zahlreiche Versicherungsgesellschaften. Gleichzeitig ist Frankfurt am Main das größte Zentrum des Verlagswesens und der Polygraphie. 400 Verlage liefern Druckerzeugnisse für das In-

und das Ausland. Die Stadt genießt auch den Weltruf dank ihren internationalen Ausstellungen und Messen. Jährlich werden davon fast drei Dutzend abgehalten, die rund 1,5 Millionen Besucher versammeln. Schließlich zählt Frankfurt am Main laut Umfragedaten der französischen Wochenschrift „Le Point“ zu den Städten, in denen es sich in Europa am besten lebt.

Unser Bild: Das altertümliche Operntheater. Mit Fug und Recht gilt es als das schönste im Lande. Foto: TASS

Zum friedlichen Leben zurückgekehrt

Große Formation Aufständischer ging auf Seite der Regierung über

Eine große bewaffnete Formation aus der Oppositionsgruppe „Nationale Islamische Front Afghanistans“, die im Kreis Kuchistan in der Provinz Sare Pul operierte, hat bekanntgegeben, daß sie den Kampf gegen die Regierung einstellt. Gemeinsam mit den 300 ehemaligen Regimegegnern kehrten ihre etwa 1 500 Familienangehörigen zum friedlichen Leben zurück. Im Kreis Quarabagh, Provinz Kabul schloß sich ein 60 Mann starker Trupp der „Islamischen Gesellschaft Afghanistans“ dem Prozeß der nationalen Aussöhnung an.

Der Strom von Flüchtlingen, die aus Iran und Pakistan in die Heimat zurückkehren, reißt nicht ab. Wie die afghanische Nachrichtenagentur Bakhtar mitteilt, sind in den vergangenen drei Monaten rund 900 afghanische Bürger aus dem Ausland in die Provinz Kunduz zurückgekehrt. Die örtlichen Behörden helfen ihnen bei der Arbeitsstellung und

bei der Versorgung mit dringend benötigten Waren.

Bei Artillerieüberfällen der Regierungstruppen auf die Stellungen der Mudschaheddin im Kreis Sarobi, Provinz Kabul wurde ein großes Munitions- und Waffendepot zerstört.

Der zeitweilige Geschichtsminister der Republik Afghanistan zitiert, wo ihm eine Protestnote überreicht wurde. In dem Papier wird darauf hingewiesen, daß am 27. Juni zwei Jagdflugzeuge der Luftkräfte Pakistans in den Luftraum der Republik Afghanistan eindringen und einen Spionageflug über die Provinz Kandahar vornahmen. Die afghanische Regierung wertet diesen feindseligen Akt als den Völkerverstoß und fordert von Islamabad Sofortmaßnahmen, um solche Verletzungen in Zukunft nicht zuzulassen.



INDIEN, Jaipur — die ehemalige Hauptstadt des Fürstentums und heute das Verwaltungszentrum des Staates Rajasthan — hat in vielem ihr Paradeaussehen bewahrt. Dieses mittelalterliche Tor (im Bild) ist nur eines unter mehreren, die heute die in diese Stadt führenden Hauptwege zieren. Foto: TASS

Auf Wahlbeteiligung verzichtet

Wenn die wahlberechtigten Mongolen am letzten Julisonntag in die Urnen treten, um alle Parlamente neu zu wählen, werden sie keine Kandidaten der zweitstärksten Partei des Landes auf ihren Stimmzetteln finden. Die Demokratische Partei und der sie tragende Mongolische Demokratische Bund (MDB) haben auf einer Funktionskonferenz in Ulan-Bator mit 131 von 144 Stimmen beschlossen, an diesen Wahlen nicht teilzunehmen.

Die Begründung lieferten sie in der jüngsten Ausgabe der Zeitung „Archtschil“ (Demokratie). Der herrschenden Kommunistischen MRVP wird angelastet, sie verletze das Wahlgesetz, mißbrauche im Wahlkampf Macht und Posten und behindere die jungen demokratischen Kräfte. Unter dem Vorwand der Arbeitsplatzreduzierung seien Demokraten entlassen worden, durch das Land ziehe eine „neue Art politischer Repressalien“. Werkstätige würden per Unterschrift auf die Stimmabgabe für die Kommunisten festgelegt, andere aus Genossenschaften ausgeschlossen, weil sie dem Demokratischen Bund beigetreten sind. Kommunisten, die für Demokraten stimmen wollen, werde mit Parteiauschluss gedroht. Dem Minister für Handel und Zusammenarbeit, Bawuu, wird vorgeworfen, den Verschluss aller Vertriebsmittlungsgeräte vom 10. Juni bis 10. August angeordnet zu haben, jedoch für die MRVP Materialien drucken zu lassen.

Die Demokraten, die sich am 10. Dezember vorigen Jahres als Bund formierten, am 18. Februar die Partei gründeten und mit einem Hungerstreik im März den Rücktritt der alten kommunistischen Parteiführung

erzwangen, sind derzeit die stärkste Kraft außerhalb des Parlaments. Die Partei hat 7 000 Mitglieder und damit mehr als die übrigen vier neuen Parteien insgesamt. Der Bund zählt 70 000 Mitglieder und hat Filialen in allen Städten und Bezirken.

192 Kandidaten hatte die Partei schon für den Großen Volkskongress, das Parlament, nominiert. Sie können nun als Unabhängige um die Mandate kämpfen. Bundes-Chefkoordinator Sanshasurenjin Sorig, hatte gegenüber Journalisten gesagt, dieser Rückzug sei nicht das Eingeständnis einer Niederlage. Es gehe den Demokraten nicht um den Sieg, sondern um gerechte Wahlen. Und wegen eines Spektakels sei man nicht gewillt, den Namen als Demokraten auf's Spiel zu setzen.

Der Demokratische Bund, der der Partei übergeordnet ist, wird Ende Juli auf seiner zweiten Landeskonferenz über den weiteren Kurs beraten. Bleibt abzuwarten, wie die Sozialdemokraten und die Nationale Fortschrittspartei auf ihren Tagungen entscheiden, die mit den Demokraten Mitte April eine Koalition eingegangen waren. Kapitulieren sie ebenfalls vor der Obermacht der Kommunisten? Die Grünen und die Partei der freien Arbeit mit jeweils nicht einmal 1 000 Mitgliedern haben noch weniger Chancen, sich durchzusetzen. So ist nicht auszuschließen, daß die zusätzlich anberaumte Vorauswahl der Kandidaten am 8. Juli, aus der zwei alternative Kandidaten hervorgehen sollen, ausfällt und am 29. Juli 100 Prozent Kandidaten der MRVP auf den Stimmzetteln stehen. Alle Festlegungen für die Bildung der neuen Legislative, des Kleinen Staatskongresses, wären damit ebenfalls hinfällig.

In wenigen Zeilen

MONCHEN. Für einen festen Platz des DDR-Luftfahrtunternehmens Interflug als Tochtergesellschaft seines Konzerns hat sich Luftthansa-Chef Heinz Ruhnau ausgesprochen. In einem Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“ sagte Ruhnau, die Interflug werde nicht in der Luftthansa aufgehen. Er verwies auf die Erklärung der beiden deutschen Verkehrsminister Friedrich Zimmermann und Orst Gibtnier, wonach die Interflug eine Kapitalgesellschaft werde. 51 Prozent der Anteile übernehme der Staat, 26 Prozent die Luftthansa und 23 Prozent Privataktionäre vornehmlich aus der DDR.

BRASILIA. Brasiliens Militärpolizei hat 300 Kilogramm Kokain sichergestellt. Das ist der bislang größte Drogenfund in diesem Jahr in dem südamerikanischen Land. Die Polizei entdeckte das Rauschgift auf einem Boot in Porto Velho, Hauptstadt des Bundesstaates Rondonia. Wie die Bundespolizei mitteilte, konnte zudem eine Bande von sieben Drogenhändlern dingfest gemacht werden. Diese hatten einen Handel zwischen Kolumbien, den USA und Europa aufgebaut.

LIMA. Die peruanische Regierung hat den Ausnahmezustand für die Hauptstadt Lima und den benachbarten Hafen Callao um einen Monat verlängert. Als Begründung geben die Behörden anhaltende Gewalttätigkeiten an, die den normalen Ablauf des Geschäftslebens störten. Die verfassungsmäßigen Garantien bleiben suspendiert, bewaffnete Kräfte kontrollierten weiter die innere Ordnung, heißt es in einem Dekret. In neun der 24 Departements des Landes war der Ausnahmezustand bereits vor vier Tagen verlängert worden.

FSLN will Unterstützung des Volkes zurückgewinnen

Die Sandinistische Front der nationalen Befreiung (FSLN) wolle durch eine unachgiebige Oppositionspolitik die Unterstützung des nikaraguanischen Volkes zurückgewinnen, erklärte Managua's ehemaliger Bürgermeister Carlos Carrion gegenüber der TASS. Dem Volk solle gezeitet werden, daß die Regierung von Violeta Barrios de Chamorro sein Feind sei und die FSLN auf seiner Seite stehe. Unter Hinweis auf einen angeblichen „Pakt“ mit der Präsidentin sagte Carrion, sowohl die „Moderaten“ als auch die „Hardliner“ in der Regierung wollten die Vernichtung der FSLN und die Eliminierung der Volksbewegung u.g. Nach Ausfassung des führenden Sandinisten müsse die

Regierung ihr Prestige verlieren und wie eine Neuausgabe des Somoza-Regimes erscheinen, bevor zu ihrem Sturz der Weg des Aufstands legitimiert sei. Im Falle einer nationalen Krise könnten sich aber auch verfassungsmäßige Wege eröffnen. Wenn die FSLN auf die Unterstützung der Massen zählen und die Bedingungen für eine Teilnahme an der Regierung diktieren könne, werde sie als Konsequenz großer sozialer Unruhen auch Regierungsverantwortung übernehmen. Er persönlich habe die Vorstellung, daß es innerhalb der jetzt laufenden sechsjährigen Amtsperiode zu einer schweren sozialen Krise und zum politischen Zusammenbruch der Regierung kommen müsse.

Was wird aus dem Gelände des US-Stützpunktes?

Was wird aus dem Gelände des USA-Luftwaffenstützpunktes Hellenikon in Athen? Washington hatte zu Jahresbeginn im Rahmen eines Sparprogramms die Schließung der Base verfügt. Während nun die amerikanischen Militärs beginnen, ihr Bündel zu schnüren, ist unter den Griechen der Streit um die künftige Nutzung des Areals entbrannt. Dabei stehen sich lokale Verwaltungen und Zentralgewalt gegenüber.

Bruch des Wahlversprechens lautet der Vorwurf, den die Bürgermeister der Gemeinden Glyfada, Hellenikon, Alimos und Argyroupolis an die Regierung richten. Premier Mitsotakis, so Bürgermeister Soufis aus Glyfada,

habe vor dem Wahlsieg der „Neuen Demokratie“ im April dafür plädiert, auf den 30 Hektar des Stützpunktes einen großzügigen Park anzulegen. Dagegen ließ Kabinettsmitglied Manos, für Umweltschutz und öffentliche Arbeiten zuständig, verlauten, man wolle einen großen Teil des Geländes an private Bauunternehmer veräußern. Hellenikon könnte in eine ausgedehnte, vernünftig geplante Stadt verwandelt werden, meinte Manos, wobei sich dann auch irgendwo Platz für einen Park finden werde. Die Regierung erhofft sich davon Einnahmen von umgerechnet etwa vier Milliarden D-Mark.

Dieses Geschäft ist Teil eines umfassenden Planes, staatliches Land in Attika zu verkaufen, um mit dem Erlös die leere Staatskasse etwas aufzufüllen. Da gegenwärtig ein entsprechendes Gesetz zur Beschlussfassung im Parlament vorbereitet wird, machen die vier Bürgermeister mobil. Sie verlangen, daß Hellenikon und auch das Terrain des jetzigen internationalen Athener Flughafens, der künftig in Spata sein wird, von diesen Plänen ausgenommen werden. Sie vertreten die Ansicht, daß das Land sowie dessen Entwicklung in den Händen jener liegen müsse, die direkt davon betroffen sind, also der örtlichen Verwaltungen.

Bürgermeister Soufis ist nicht generell gegen jedes Bauprojekt, Befürworter aber vor allem soziale und Sporteinrichtungen, für die bereits existierende Objekte der amerikanischen Basis genutzt werden könnten. Auf diese Weise würden lediglich fünf Prozent der Fläche bebaut werden. Die Vorstellung von Minister Manos, die Hälfte des Geländes und mehr mit Beton zu beschütten, hält Soufis in einer Stadt wie Athen „einfach für verrückt“. Noch habe die Regierung nicht auf die Vorstellungen der vier Bürgermeister reagiert, doch „die örtlichen Verwaltungen sind nicht so machtlos, wie es scheinen mag“, warnte er.

Neuer Anlauf

zur Sanierung von Angolas Wirtschaft

Angolas Präsident Jose Eduardo Dos Santos hat seinem Kabinett einen neuen Anlauf zur Wiederbelebung der am Boden liegenden Wirtschaft verordnet. Nachdem die Bilanz der Durchsetzung des ökonomischen und finanziellen Sanierungsprogramms (SEF) bislang negativ ausgefallen ist, nahm er in den vergangenen Wochen umfangreiche Veränderungen an der Spitze mehrerer Ministerien vor. Davon betroffen waren unter anderem die Ressorts Transport und Kommunikation, Finanzen, Bauwesen und die Leitung der angolanischen Nationalbank. Den neuen Chef und stellvertretenden Ministern sowie dem Bankgouverneur gab Dos Santos bei deren Vereidigung klare Auflagen für die künftige Arbeit mit auf den Weg. Er forderte von ihnen einen neuen effizienten und für den Bürger transparenten Arbeitsstil sowie konsequente Erfüllung der Aufgaben, die auf ein einziges Ziel gerichtet seien: Die Verbesserung der prekären Lage der Bevölkerung in dem vom Krieg ausgebluteten Land. Dazu seien Sachkenntnis und Kollektivität in der Leitung und bei der Entscheidungsfindung im eigenen Bereich sowie bei der Zusammenarbeit mit anderen Ministerien erforderlich. Der herrschenden Allmacht von Bürokratie, Selbstherrlichkeit, Inkompetenz und Korruption, die neben dem Bürgerkrieg zu den Grundübeln im Lande gehörten, sagte der Präsident den Kampf an.

Nach den personellen Veränderungen, mit denen vor allem in den zurückliegenden Jahren gut

ausgebildeten Fachkräften Verantwortung übertragen wurde, gründete Dos Santos eine Kommission zur Behebung des 1988 initiierten SEF, das den Charakter eines Strukturpassungsprogramms in Richtung Marktwirtschaft trägt. Dem Gremium gehören die neuen Minister der Ressorts Planung, Finanzen und der Gouverneur der Nationalbank an. Die innerhalb von 30 Tagen ein Konzept für die Durchsetzung der im SEF festgeschriebenen Maßnahmen erarbeiten sollen. Dazu gehören als Eckpunkte die Reduzierung des staatlichen Sektors auf einige wenige strategische Bereiche, die Ausdehnung der Privatinitiative in Industrie, Landwirtschaft, Handel und Dienstleistungen sowie auch im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen, die Förderung ausländischer Investitionen und die Neuordnung der Finanzen.

Defizitäre Staatsbetriebe und ein immer größer werdendes Loch im Staatshaushalt forcieren den Währungsverfall, die Inflation und die Warenknappheit, die zu ziellosen Preissetzungen, Schwarzmarkt und Kaufkraftverlust der Angolaner führten. Niemand in Angola könne heute mehr von seinem monatlichen Einkommen leben, sagte der Präsident und kündigte demnächst eine Neufestlegung der Reallohne und -gehälter an.

Die Reprivatisierung ging bislang nur sehr langsam und schwerfällig voran, mit einigen Ausnahmen in der Landwirtschaft, im Handel und im Dienstleistungssektor. Vertreter der kürzlich gegründeten Industriel-

lenvereinigung beklagten den Wust von Bürokratie, der die Gründung von Privatunternehmen blockiere. Ähnlich äußerten sich auch ausländische Investoren. Privat- wie Staatsbetriebe wurden in diesem Jahr die Devisenlöcher zur Beschaffung von Rohstoffen und Ersatzteilen um mehr als 80 Prozent gekürzt. Da ein Großteil dieser Mittel schon im Vorjahr zur Sicherung der Produktion ausgegeben werden mußte, stehen die meisten Betriebe heute vor leeren Kassen. Nach Angabe des Industrieministeriums müsse die Mehrzahl der angolanischen Betriebe dieses Berelches in den kommenden Wochen stillgelegt werden.

Beschleunigt wird dieser Prozeß durch die landesweit verstärkten Sabotageaktionen der UNITA gegen die Strom- und Wasserversorgung und die Erdölindustrie, der derzeit einzigen Devisenquelle Angolas, sowie gegen Eisenbahn-Verbindungen und Straßen. Besonders davon betroffen ist seit Jahresbeginn die Hauptstadt Luanda, das wichtigste Industriezentrum des südwestafrikanischen Landes. Viele Betriebe können seit Monaten keine Löhne und Gehälter mehr zahlen, da nur wenig oder nichts mehr produziert wird. Massenentlassungen führen zu drastischer Erhöhung der Arbeitslosigkeit, zu spürbaren sozialen Spannungen. Angesichts dessen sind die Hoffnungen auf Realisierung des SEF auch mit der neuen Ministerequipe sehr gering, solange der Bürgerkrieg in Angola noch weitergeht.

Ein Professor wird Farmer...

Purcellville (Staat Virginia). Vor 17 Jahren begannen Charles Plank, Professor für politische Wissenschaften an der Universität des Staates New York in Buffalo, und seine Frau Susan ein neues Leben, indem sie sich zu Farmern umqualifizierten. Sie trugen sich schon lange mit der Idee herum, sich der Landwirtschaft zuzuwenden und ihre drei Kinder auf einer Farm zu erziehen.

Als einer der Freunde mitteilte, daß in der Nähe von Washington 400 Acres (1 Acre gleicht 0,4 ha) verkauft werden und er nach Farmern sucht, um dieses Land zu erwerben, brauchten

die Planks nur zwei Wochen zum Nachdenken. Vier Familien erwarben das Landstück. Der Professor bewältigte lediglich 50 Acres, später kaufte er noch 10 Acres hinzu. Damals war das Land billig: 850 Dollar pro Acre, heute — 10 000 Dollar.

So wurden die Planks Farmer in erster Generation. Die Nähe der Großstadt bestimmte ihre Spezialisierung auf Gemüsebau. Es ist doch klar, daß die Stadtbewohner viel eher, sagen wir frische, noch am gleichen Tag oder am Vorabend gelesene Tomaten kaufen als mehrere Tage zuvor unreif gepflückte und von weither gebrachte.

Neben Gemüse bauen die Planks auch Weizen an, der jedoch nur... als Stroh dient, weil mit den Weizenhalmen die Beete bedeckt werden. Das Stroh verhindert das Unkrautwachstum, läßt die Feuchtigkeit durch, hält die Wärme fest und trocknet rasch. Die auf dem Boden rankenden Pflanzen wie Zucker- und Wassermelonen, Gurken, Melonenkürbisse, Kürbisse und sogar Tomaten liegen auf trockener und warmer Unterlage. Die ersten Setzlinge bringen Charles und Susan unter auf Reifen gespannte Kunstfolie in den Grund, genau so wie die Kleingärtner bei Moskau. Mit dem ersten Erntegut dieses Jahres — Spinat und Salat — handeln die Planks seit Ende April. Das letzte — die Kürbisse — werden im November verkauft. Die Tomaten halten von Mitte Juni bis Oktober an. Die Planks verkaufen ihre Ware mit großem Vergnügen selbst, indem sie sich jeden Morgen auf die naheliegenden Farmermärkte begeben.

Jedes Jahr wechseln die Farmer die Gemüseausaafächen, um den Boden besser zu erhalten und sogar zu bereichern. Die Planks wenden nur selten Insektenschutzmittel an, und Herbizide meiden sie gänzlich.

Was die Arbeitskräfte betrifft, so werden Charles und Susan mit den 60 Acres allein nicht fertig. Deshalb stellen sie in der Frühjahrs- und Sommermonate zusätzliche Kräfte ein. Dazu verpflichten sie Inserate in Studentenzeitungen der naheliegenden Universitäten und Colleges. Es mangelt nicht an Jugendlichen, die in den Ferien auf einer Farm arbeiten möchten. Unser Bild: Charles Plank. Im Hintergrund unter Kunstfolie gezogene Melonenkulturen.

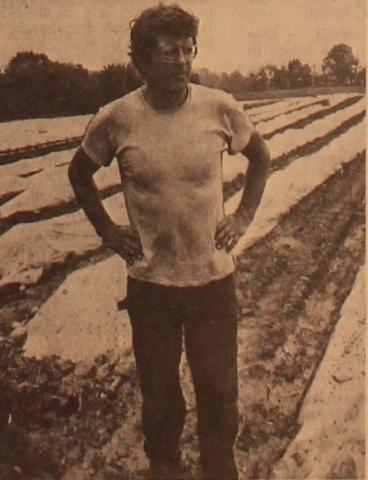


Foto: TASS

Europarat entscheidet

Über Gaststatus Bulgariens

Mit Beratungen über die Beziehungen zu Osteuropa, die Kontakte zu den USA und die Lage im Nahen Osten setzte die parlamentarische Versammlung des Europarates in Innsbruck ihre Arbeit fort. Wird die Entscheidung des „Erweiterten Büros“ der Versammlung über die Gewährung des Sonder-Gaststatus für Bulgarien im Europarat erwartet?

Bereits am Vortrag hatte dazu der zuständige Ausschuß den insgesamt positiven Bericht von Beobachtern der Wahlen in Bulgarien erörtert. In mehreren Punkten wurden jedoch auch „bedeutende Unzulänglichkeiten“ kritisiert. Den Status als Sondergast haben bisher die CSFR, die DDR, Polen, die Sowjetunion, Ungarn und Jugoslawien erhalten.

Kontrovers diskutiert wird unter den rund 450 teilnehmenden Parlamentariern aus den 23 Staaten des Europarates und den osteuropäischen Gaststaaten weiterhin die Behandlung des rumänischen Antrags auf Mitarbeit im Europarat. Außenminister Adrian Nastase, Justizminister Victor Babuc und weitere Offizielle aus Bukarest hatten dieses Anliegen mit Nachdruck vorgetragen und die Kritik an den Ereignissen vom Juni mit dem Hinweis auf die „postrevolutionäre Situation“ abzuschwächen versucht.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Freundschaft

Verdiente Anerkennung

Das Dorf Charkowka im Rayon Susun des jetzigen Gebiets Nowosibirsk wurde im Jahre 1911 gegründet. Die Einwohner kamen aus dem Gouvernement Charkow, daher benannten sie ihr kleines Dorf auch so. Die Einwohner lieben ihr Dorf. Da wird viel gebaut. Im hiesigen Sowchos wohnen viele gute Arbeiterfamilien. Von einer davon wird hier die Rede sein.

Be Vaterländische Krieg ausbrach, mußten sie alle nach Sibirien ziehen. Die Zeit war sehr schwer. Die Familie kam in das Dorf Krjuutschki des Rayons Susun. Die Söhne Johann und Anton kamen bald darauf in die Arbeitsarmee — in die Kohlengruben von Prokofjewsk. Johann ist in der Kohlengrube umgekommen. Anton war sein Leben lang Kohlegrubenarbeiter; heute ist er Rentner.

Seine Frau Maria ist heute Rentnerin; mehrere Jahre war sie Melkerin und Kälberwärterin. Die Kleins haben drei Kinder, sie haben alle eigene Familien. Die Söhne Alexander und Woldemar sind Fahrer und leben in unserem Rayon. Die Tochter Olga ist Melkerin im Kalinin-Kolchos des Dorfes Sakowjashino. In der Familie Klein gibt es fünf Enkel.

Im Dorf werden die Kleins allgemein geehrt. Sie wohnen in einem Sowchoshaus. In ihrer Hauswirtschaft halten sie eine Kuh, Hühner und anderes. Unlängst beging Nikolaus Klein sein 60jähriges Jubiläum. Die Sowchosleitung, die Partei- und die Gewerkschaftsorganisation, das ganze Kollektiv der Viehfarm wie auch die Einwohner des Dorfes versammelten sich im Kulturhaus. Da wurden noch einige Menschen in Rente verabschiedet. Auf einer Feststiftung sprachen über ihre Leistungen, darunter auch über Klein, der Sowchosdirektor Anatolij Nikolajewitsch Jerukajew, der Sekretär der Parteiorganisation Alexander Lukitsch Sacharikow, der

Arbeitsveteran und Rentner Nikolaj Jefimowitsch Janazki u. a. Alle dankten den Gefeierten für ihre lange und treue Arbeit im Sowchos. Sie wurden mit Ehrenurkunden, Wertgeschenken und Blumensträußen bedacht. Besonders warme Worte sagte der Sekretär des Parteikomitees Alexander Sacharikow über Kleins Arbeitsleistungen. Nach allen Begrüßungsworten sagte Nikolaus Klein: „Ich bin 60 Jahre alt geworden. Doch die größte Freude und Glück im Leben, so meine ich, bringt die Arbeit. Es macht, wie es heißt, das Leben süß. So soll es auch weiter mit mir gehen. Ich danke für die Begrüßungen an meine Adresse und für die Geschenke.“ Nach der Feststiftung wurde vom Kulturhaus des Rayons Susun ein großes Konzertprogramm gegeben. Durch das Programm führte Soja Wassiljewna Tefele. Es dauerte eine Stunde. Die Zuschauer bedankten sich herzlich.

Woldemar MEISTER
Gebiet Nowosibirsk

Unser Volkslied
Heissa, Kathreinerle

Musical score for 'Heissa, Kathreinerle' with lyrics in German. The lyrics describe a woman named Kathreinerle who is busy with her work and family, and her husband's desire for her to dance and enjoy life.

Kosakenbund gegründet

Mit der Annahme einer Satzung und eines Programms sowie mit den Wahlen der Leitungsgorgane ist in Moskau die große konstituierende Versammlung des Kosakenbundes beendet worden. Drei Tage lang diskutierten die 250 Delegierten, die die Kosaken des Don, des Terek, Kubans, des Ural, Sibiriens, Transbalkaniens und Ussurijsks vertraten, Wege der Wiederherstellung ihrer kulturellen, geistigen und historischen Traditionen. Sie lösten eine Reihe von organisatorischen Fragen, die unter anderem die Herausgabe einer eigenen Zeitung betrafen.

„Die Gründung des Kosakenbundes ist eine überaus wichtige Etappe auf dem Wege der Vereinigung der ganzen Kosakenbewegung nicht nur auf dem Territorium Russlands, sondern auch im Ausland“, sagte der Truppschreiber der Kosakenversammlung des Don Sergej Kasakow in einem TASS-Interview. Er wies darauf hin, daß in der Satzung des Kosakenbundes die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Verbindungen mit allen Landsmannschaften und Vereinigungen der Kosaken im Ausland unterstrichen wurde, um ihnen bei der Rückkehr in die Heimat zu helfen.

Zum Ataman des Kosakenbundes wurde einstimmig Alexander Martynow aus der Staniza Gnilowskaja, Gebiet Rostow, gewählt. Nach dem Abschluß der Arbeit der konstituierenden großen Versammlung nahmen die Delegierten an einem Gottesdienst in der Weihnachtskirche bei der Heiligen Mutter Gottes des Klosters Starosimonowski teil.

(TASS)



Wir singen deutsch

Ober 30 Millionen Menschen beteiligen sich in unserem Land an der Latenkunst. Doch reicht die Skala ihres Schöpfertums viel weiter. Der Weg des Menschen zur Kultur — das ist seine geistige Bereicherung, sein Werden und seine Entwicklung, die denke Persönlichkeit, die

Herausbildung seiner Fähigkeit und seines Strebens, an der Umgestaltung unseres Lebens mitzuwirken. Die Latenkünstler des Sowchos „Krasnojarski“, Gebiet Zelinograd, gehören zu den genannten 30 Millionen Latenkünstlern des Landes. Ihre Besonderheit besteht darin, daß sie vorwiegend deutsch singen. Die Latenkünstler beteiligen sich gern an verschiedenen Volksfesten, Massenveranstaltungen und Konzerten. Sie sind bei ihren Landsleuten sehr beliebt und finden stets ein dankbares Publikum.

Robert UNTERWALDEN
Im Bild: Die Latenkünstler des Sowchos „Krasnojarski“ vor Darbietungen.
Foto: Juri Kasakow

Die Gedenktafel

Am Haus, wo von 1905 bis 1958 der bekannte Fotograf Dmitri Bagajew lebte und wirkte, ist vor kurzem eine Gedenktafel enthüllt worden. In Pawlodar kennt man gut diesen Namen, denn D. Bagajew hat das

hiesige Heimatmuseum die meisten historischen Fotos des alten Pawlodar zu verdanken. Die Geschichte seines Heimatortes war von jung auf seine Leidenschaft. Bereits 1913 erhielt er den „Grand Prix“ der Sibirischen Geographischen Gesellschaft und wurde zu deren korrespondierendem Mitglied gewählt.

Seine Fotos versinnbildlichen den ganzen dorfnigen Entwicklungsweg des Gebiets Pawlodar, und dafür sind ihm seine Nachfolger von ganzem Herzen dankbar.
Arno WIRT

Kulturmosaik

„Naurys“ in Abai

Vor kurzem fand in der kleinen Karagandaer Stadt Abai das traditionelle Fest „Naurys“ statt. Hinter der Stadt, im Freien klangen Volkslieder in allen Sprachen, deren Vertreter in Abai zu Hause sind. Es flogen Schaukeln hoch, Reiter auf prächtig geschmückten Rossen wetteiferten in traditionellen kasachischen Volksspielen. Die kleinsten Einwohner von Abai durften mit blumengeschmückten Pferdengespannen durch das jubelnde Festgelände fahren.

Jugendliche schöpferisch aktiv

Im Kulturpark von Zelinograd trafen sich Jugendliche aus den hiesigen Berufs- und Fachschulen zu ihrem Fest „Wertige Jugend“. Auf dem mannigfaltigen und abwechslungsreichen Programm standen allerlei Ausstellungen junger Talente, Wettbewerbe in Sport und Latein, Spiele usw. Der Gitarrespieler Woldemar Ehrmann aus der Fachschule Nr. 3 gewann die Anerkennung der Jury mit seinen Liedern, die er unter eigener Gitarrebegleitung sang.

20 Zwillingspaare feierten zusammen

Auf Initiative von Valentina Pachomowa veranstaltete man in der Nordkasachstaner Stadt Bulajewo ein Treffen von Zwillingen. Von den 11 000 Städteinwohnern kamen an diesem Tag 20 Zwillingsgeschwister auf die Bühne — die „ältesten“ waren die Schlosser Nikolaj und Wladimir Wladjko, die bereits 1953 das Licht der Welt erblickten, die jüngsten waren Dmitri und Viktor Obuchow und die erst vor einigen Monaten geborenen Schwesterchen Alja und Shanja. Baldjebajew wurden von ihren Eltern aufs Podium gebracht.

Zum Schmunzeln, Lachen und... Nachdenken

Das Paket

Hinaus zum Fluß, zum grünen Wald zieht jeden Sonntag jung und alt mit vollgepöppelten Taschen, mit Ängeln und mit... Flaschen. Auch Peter sitzt mit Angelruten bis abends spät an Wasserfluten, denn hier im Schoße der Natur list's eine wahre Sotschikur. Dann geht er heim, gebräunt und frisch, am Schnürchen — mancher stramme Fisch, sein Weg führt durch den dichten Wald. An Himbeersträuchern macht er halt. Das Gras zertreten, im Gebüsch manch fettbefleckter Zeitungswisch. Da trieft ein Baum, zerschüttet die Rinde, und Blut an einer weißen Binde. Dort steht ein halbgefülltes Glas. Ein Reisigfeuer raucht im Gras. Fünf Wodkaflaschen rings im Kreis, Zigarrenstummel haufenweis.

Der Peter stampft, entbrannt vor Wut, mit seinen Stiefeln aus die Glut und hebt die Zeitung auf. O seht! Hier eine Hausadresse steht! Und unten an der Name „Merkel“ — „Na wart', intelligentes Ferkel!“ Bald bringt man Merkel ein Paket, verpackt, verriegelt, zugestiftet. Doch Merkel glotzt das Päckchen an: „Woher? Wer ist der gute Mann?“ Der Bote drauf: „Das sieht doch jeder: Da steht's geschrieben — Unruh, Peter. Zahl schneller mir zehn Rubel ein, dann ist das teure Postgut dein. Und Merkel bleicht. Was hilft der Streit? Er öffnet es... Du liebe Zeit! Wer spielt den Streich? Hol ihn der Teufel! Da ist mein Schlipps und ohne Zweifel auch meine Flaschen, Büchsen, Stummel vom letzten Sonntagsbummel...“ So soll's mit Jedermann geschehen. Wer schändet Wald und Bergeshöhn.
Viktor WEBER

Geburtstag

ker drauf... Da im alte Faß is noch etwas Braschka drin, der is recht stark, da schütte mr Wasser drauf — un fertig... Gesagt, getan. Alles kam unter Bett, da ist es etwas wärmer. In der dritten Nacht hatte es mit einmalmal gekracht und gedonnert. Die Alte sprang auf. „Karlusch, Kriegl!“ schrie sie. „Schnell, die Hose her!“ rief der Alte. „Dort, vor dem Telesvisor, du weischt doch.“ Die Alte grapschte im Dunkel herum und plumpste plötzlich der Länge nach hin. „Was ist?“ schrie der Alte. „Hat's dich schon getroffen?“ — Du Knacker, du alter! Mach doch mal Licht!“ Als er dann seine Lieb im Kirschenbrel liegen sah, wurde es ihm doch nicht einerlei. „Na macht nichts“, sagte er nach einer Weile. „Wenn nur kein Krieg ist.“ — „Aber unsern Tee müsse mr jetzt in ganzen Monat ohne Zucker trinken“, meinte die Alte. „In unserm Alter“ erwiderte Karl, „sin Fleisch und Zucker schon ungesund.“ — „Hast recht. Braschka mache mr kel mehr. Hauptsache, mr habe siebzig Jahr in Eintracht gelebt, un ohne Fleisch un Zucker werden mr ei ruhiges Alter haben.“
Katharina KASADAJEWA-BLOCK
Chefredakteur Konstantin EHRlich

Aus unserem Kulturerbe

Hüben und drüben
Erlebnisse eines deutschen Wolgakolonisten

Von August Lonsinger

II. Kapitel

„Gun Tag, Schulmaastern!“
„Guten Tag, Horn! Nun, was bringt ihr denn?“ fragte die Frau Schulmeister, von ihrer Arbeit aufblickend.
„Ei, ich hätt dn Schulmaaster aa 'bischa' nötig, is r dann drhaam?“
„Ja, aber was wollt ihr denn?“
„A, ich hätt n 'bischa' nötig.“
„Er ist im Schulhause drüben, er hat dort ein paar Scheine zu schreiben, aber geht nun hinüber, wenn ihr ihn nötig habt“, meinte die Frau Schulmeister, etwas verdrossen darüber, daß ihre Neugierde so wenig befriedigt worden war, denn um alles in der Welt hätte sie gern wissen mögen, was den Horn so früh hergeführt hatte.
Nachdem letzterer also Bescheid erhalten, wandte er sich nach der Schulausstiege, stieg dieselbe langsam hinan und betrat etwas bekümmert das Schulhaus: — ob der Schulmeister wohl auch schon weil, was für eine Schande auf ihm lastet?
Der Schulmeister schlug gerade das große Personalbuch etwas ungehalten zu, verdrossen ob des vielen Schreibens, auch zu der Ferienzeit, wo man sich etwas Ruhe gönnen könnte.
„Nun, Gott sei Dank, jetzt ist man doch endlich wieder einmal fertig“, dachte er bei sich, und erhob sich, um die Kirchenbücher wegzulegen, als ein „Gun Tag“ von der Schulaustiege her erscholl. Er schaute hin und war nicht wenig erstaunt, als er den Schaffirten Horn erblickte. „Na, was mag denn der wollen“, dachte er bei sich.
„Schönen Dank, Horn! Setzt Euch; was führt Euch denn zu mir zu einer Zeit, wo ihr doch ei-

gentlich bei den Schafen sein solltet; es ist doch nichts passiert?“
„Grad nix Besonders, Schulmeister, ich wollt Euch nur mal gblit hun, so gut zu sel' un mir n Brief noch Amerika an mein Schwoger lerndres zu schreiwaa.“
Unterdesen zog er das gekaufte Postpapier und das Kuvert aus der Tasche und legte es vor den Schulmeister auf den Tisch, ganz überzeugt, daß der Schulmeister solche Kleinigkeit mit Vergnügen tun werde.
Der Schulmeister machte gerade kein erbauliches Gesicht, denn solcher „Kleinigkeiten“ waren nur zu viele zu tun, da ein jeder, wenn auch des Schreibens Kundige, meinte, der Schulmeister habe ja Zeit genug, um ihm eine Gefälligkeit zu erweisen, und verstehe es auch besser, einen „schönen Brief“ zusammenzustellen...
Obel oder wohl, der Schulmeister rückte sich das Papier zu recht, ergriff den Federstiel, und führte aus: Lieber Schwager, Georg Andreas! „Nun“, meinte er, „was soll ich ihm denn schreiben?“
Wie sollte er es dem Schulmeister nur sagen, daß ihn die Gemeinde abgerechnet habe, und warum er sich entschlossen habe, nach Amerika zu gehen?
„Seht ihr, Schulmaaster, die Zeita' sei jo so schwer, un mer kann jo drhaam bal ne mehr dochkomma“, un auch die Leit sei jo ne meh so, wie früher; immer sei sie unzufrieden und mer kann s na mit nix meh gut gnunk macha“, so muß ich s Hüta' ufgeva un mir anderweitig mel' Brot sucha: un do will ich noch Amerika. Mei' Schwoger hot mr schon lang gschriewa, ich sollt nor komma“, er wollt mr auch die Billetter boarga: do tät ich bitta', ihr tät m schreiwaa, er soll mr

die Billetter schicka' so grell (schnell) wie, s möglich is, daß ich noch im Herbst naus komma' kann.“
Er atmete ordentlich erleichtert auf nach dieser langen Rede und schaute erwartungsvoll auf den Schulmeister, der ihn ernst anblickte.
„Gebt acht, Horn, überlegt's Euch richtig, damit ihr später nicht Reue bekommt, denn nicht unnötig heißt es in der Bibel: „Bleibe im Lande und nähre dich redlich.“
Bei dem letzten Worte stieg dem Horn die Schamrote ins Gesicht, denn das war gerade seine Schwäche: Er wurde in seinem Entschluß, in die Ferne zu ziehen, noch mehr gestärkt.
„Ich hun mr s schun uf alla' Arta' iwerlegt un maan, s wär s allerbesta' noch Amerika zu geha“, dann seht ihr, Schulmaaster, mei' Schwoger is mit nix niwerkomma un jetzt hot r schun paar hundert Dollar Kapital, wie r schreibt, un do glaw ich, daß mr s am En aach klappa' tät, un daß ich zu was komma' kenn.“
„Nun, wie ihr wollt, aber glaubt nur nicht, daß einem in Amerika die gebatenen Tauben in den Mund fliegen, dort muß man, wenn man gut bezahlt sein will, hart arbeiten, und das seid ihr nicht mehr recht gewöhnt, da ihr schon viele Jahre die Schafe gehütet, und anstrengende Arbeit nicht getan habt!“
Doch der Horn blieb bei seinem Entschluß, seinem Heimatdorf den Rücken zu kehren.
Der Schulmeister verfaßte den Brief, adressierte ihn an Mister Georg Andreas Fischer in Chicago und überreichte ihn Horn.
„No, Schulmaaster, was bin ich dann schuldig?“
„Gar nichts“, erwiderte der Schulmeister, und erhob sich vom

Stuhl, „aber seid nur vorsichtig und laßt Euch erst vom Doktor untersuchen, ob ihr gesunde Augen habt, damit ihr nicht große Ausgaben macht. Eure Sachen hier verschleudert und am Schlusse wieder zurück müßt, denn Augenkrankende in Amerika nicht aufgenommen.“
„Ich danka' s'chee, Schulmaaster, for die Gefälligkeit un for dn guta' Rot (Rat); dann do driwer hun ich noch net denk. Adje! Ich tu' Eich aach mal was drfor.“
„Nicht nötig, es ist gern geschehen. Adejes!“
Horn ging langsam von dannen mit seinem Brief in der Tasche.
Als er durch die Straßen wanderte, kam ihm plötzlich der Gedanke: nicht mehr lange werde ich all die bekannten Häuser schauen, die bekannten Gesichter sehen... Wehmüt überkam ihn, er schnürfte ihm etwas die Kehle zusammen. Mit einiger Anstrengung schluckte er es hinunter und faßte sich. Doch erinnerte er sich an den Rat des Schulmeisters; er nahm sich vor: ehe der Brief abgeschickt wird, fahre ich mit meiner Familie nach Saratow zum Augenarzt. Δ
Als am Abend die Schafe in die Hürden eingetrieben waren, kamen Horns Familienglieder nach Hause: die Hausmutter und der 13jährige Sohn Hannes.
Der Hausvater erklärte, daß er die Schafe nicht mehr hüten und nun nach Amerika gehen wolle. Die Hausmutter brach in Tränen aus, der Hannes schaute ganz teilnahmslos.
„No, no“, beruhigte der Vater seine Ehehälfte, „dort kommt's d jo zu deina' Leit, zu deim Bruder lerndres, noch dem hot dr s doch immer so laad gut!“
„Alles wahr, wann ich awer draedenk, daß ich Kaufenburg ne meh zu seha' krie, schniert mer s Herz zamma!“
„No, des is jo noch net gsat, daß d Kaufenburg ne meh zu seha' krieist. Wann mir uns paar Hunnert verdant hun, zieha' mir wieder rei! Hör nor mal um zu greina, un pack 'bischa' zamma, dann morgs noch fahra' mir nach Saratow zum Doktor un losa' unser Aaga' unnersucha, dann Leit mit kranka Aaga', hot dr Schulmaaster gsat, wera' net neiglossa' noch Amerika.“
„Meinetwegen in Gottes Nama!“ gab sie kleinlaut bei.

(Fortsetzung folgt)

Unsere Anschrift:
Kasachische SFSR,
480044, Almaj-Aw
ul. M. Gornjogo, 50
4-8 OTM

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96; 33-33-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrekturen — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-84-49.

«ФРОНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414
Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Газета отпечатана офсетным способом
Объем 2 печатных листа
Заказ 11969 УТ 01164